

Inhaltsübersicht

Vorwort zur vierten Auflage	V
Vorwort zur dritten Auflage	V
Vorwort (zur zweiten Auflage)	VI
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Tabellen	XXIII
Literaturverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
1. Kapitel. Die Entwicklung des Versorgungsausgleichs und seine Reform 2009	1
I. Die Einführung des Versorgungsausgleichs 1976	1
II. Die Weiterentwicklung des Versorgungsausgleichsrechts bis 2009	3
III. Die Reform des Versorgungsausgleichs 2009	15
IV. Die Bedeutung des Versorgungsausgleichs	35
2. Kapitel. Der Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts	41
I. Der sachliche Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts: Scheidung und Aufhebung der Ehe	41
II. Der Versorgungsausgleich bei (eingetragenen) Lebenspartnerschaften	44
III. Der persönliche Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts: Fragen des internationalen und interlokalen Privat- und Sozialrechts	46
IV. Der zeitliche Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts	61
3. Kapitel. Die auszugleichenden Versorgungsansprüche	65
I. Die auszugleichenden Anwartschaften und Ansprüche	65
II. Überblick über die auszugleichenden und nicht-auszugleichenden Ansprüche	88
III. Die wichtigsten auszugleichenden Versorgungsansprüche im Einzelnen	93
4. Kapitel. Die Ermittlung der Ehezeitanteile und der Ausgleichswerte	149
I. Allgemeines	149
II. Die Berechnung der einzelnen Ehezeitanteile und Ausgleichswerte	160
III. Bewertung nach Billigkeit	222
5. Kapitel. Die Durchführung des Wertausgleichs	225
I. Allgemeines	225
II. Kein Ausgleich bei Geringfügigkeit	235
III. Die interne Teilung	249
IV. Die externe Teilung	284
6. Kapitel. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	305
I. Allgemeines	305
II. Schuldrechtliche Ausgleichszahlungen	306
III. Die Abfindung	323
IV. Die Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung	329

7. Kapitel. Die Härteregelung	339
I. Allgemeine Grundsätze	339
II. Die Kasuistik der Härtefälle	345
8. Kapitel. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	367
I. Allgemeines	367
II. Die Kasuistik zur Inhalts- und Ausübungskontrolle	384
9. Kapitel. Anpassung nach Rechtskraft	399
I. Allgemeines	399
II. Die Fälle der Anpassung nach Rechtskraft	404
10. Kapitel. Die Abänderung von Entscheidungen über den Versorgungsausgleich	421
I. Die nur eingeschränkte Rechtskraft der Entscheidungen über den Versorgungsausgleich	421
II. Die Voraussetzungen einer Abänderung des Wertausgleichs	426
III. Durchführung und Wirkungen der Abänderung des Wertausgleichs	437
IV. Sonstige Fälle der Abänderung	439
V. Die Abänderung von vor dem 1.9.2009 getroffenen Entscheidungen	441
VI. Die Tenorierung von Abänderungsentscheidungen	451
11. Kapitel. Der Versorgungsausgleich im gerichtlichen Verfahren	453
I. Das Verfahren vor dem Familiengericht	453
II. Die Aufklärungspflicht der Familiengerichte und die Auskunfts- und Mitwirkungspflichten der Versorgungsträger und der Ehegatten	458
III. Die Entscheidung des Familiengerichts	468
IV. Die Rechtsmittel	476
V. Die Gerichtskosten	483
VI. Anwalt und Versorgungsausgleich	487
12. Kapitel. Abgabenrechtliche Folgen des Versorgungsausgleichs	503
I. Steuerrechtliche Folgen des Versorgungsausgleichs	503
II. Auswirkungen des Versorgungsausgleichs auf die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner	522
13. Kapitel. Der Versorgungsausgleich im Gesamtsystem sozialer Sicherung des geschiedenen Ehegatten	527
I. Versorgungsausgleich und familiärer Unterhalt	527
II. Die sonstige soziale Sicherung des geschiedenen Ehegatten	530
Sachregister	537

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel. Die Entwicklung des Versorgungsausgleichs und seine Reform 2009	1
I. Die Einführung des Versorgungsausgleichs 1976	1
1. Die neue Konzeption	1
2. Die Motivationen des Versorgungsausgleichs	2
II. Die Weiterentwicklung des Versorgungsausgleichsrechts bis 2009	3
1. Die Korrekturen insbesondere durch das Härteregelungsgesetz	3
2. Die Rentenreform 1992 und die Wiedervereinigung	6
3. Die Zeit von 1992 bis zur Reform des Versorgungsausgleichs 2009	9
4. Die verschiedenen Barwert-Verordnungen	9
III. Die Reform des Versorgungsausgleichs 2009	15
1. Die Geschichte der Reform	15
2. Zum Inhalt der Reform – Eine Übersicht	19
a) Die Ziele der Neuregelung	19
b) Der Grundsatz der internen Teilung der Versorgungsanrechte	20
c) Die auszugleichenden Anrechte	21
d) Die Ehezeit	22
e) Die Ermittlung des Ausgleichswerts der Anrechte	22
f) Der Vollzug des Wertausgleichs	23
g) Nur eingeschränkt: Abänderungs- und Anpassungsverfahren	24
h) Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	25
i) Der Ausschluss des Versorgungsausgleichs	25
j) Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	26
k) Die steuerrechtliche Behandlung der Anrechte	27
l) Übergangsbestimmungen	27
3. Die Umsetzung der Reform	28
a) Allgemeines	28
b) Die Gestaltungsoptionen vor allem der Träger der betrieblichen und privaten Vorsorge	28
4. Änderungen des VersAusglG	30
5. Zur Kritik an der Reform	30
a) Verfassungsrechtliche Bedenken	30
b) Zur Entscheidung zugunsten der systeminternen Teilung	31
c) Die Absicherung des ausgleichsberechtigten Ehegatten im Alter und bei Invalidität	33
d) Der Verwaltungsaufwand bei den Versorgungsträgern	34
e) Kein Versorgungsausgleich für nicht-eheliche Lebensgemeinschaften	35
IV. Die Bedeutung des Versorgungsausgleichs	35
1. Die Zahl der Scheidungen	35
2. Die Absicherung im Alter	36
3. Von dem Versorgungsausgleich betroffene Versicherte	37
4. Die Auswirkungen des Versorgungsausgleichs auf die Rentenhöhe	38
5. Die Auswirkungen des Versorgungsausgleichs auf die Beamtenversorgung	39
2. Kapitel. Der Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts	41
I. Der sachliche Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts: Scheidung und Aufhebung der Ehe	41
1. Scheidung der Ehe	41
2. Versorgungsausgleich bei einer Ehedauer von bis zu drei Jahren nur auf Antrag	42
3. Aufhebung der Ehe	43
4. Wiederheirat der Ehegatten	44
II. Der Versorgungsausgleich bei (eingetragenen) Lebenspartnerschaften	44

III. Der persönliche Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts: Fragen des internationalen und interlokalen Privat- und Sozialrechts	46
1. Die Einbeziehung ausländischer Anrechte in den Versorgungsausgleich	46
2. Der Versorgungsausgleich im internationalen Scheidungsfolgenrecht	49
a) Die Anwendbarkeit des Versorgungsausgleichsrechts	49
b) Versorgungsausgleich oder ähnliche Rechtsinstitute in ausländischen Rechtsordnungen	55
3. Fragen des interlokalen Privatrechts (BRD/[ehemalige] DDR)	59
4. Fragen des internationalen Sozialrechts	60
IV. Der zeitliche Anwendungsbereich des Versorgungsausgleichsrechts	61
1. Die Einführung des Versorgungsausgleichs 1977	61
2. Die Anwendbarkeit des neuen Rechts	62
3. Kapitel. Die auszugleichenden Versorgungsanrechte	65
I. Die auszugleichenden Anwartschaften und Ansprüche	65
1. Anrechte auf Versorgung	65
a) Anwartschaften und Ansprüche	65
b) Anrechte auf „laufende Versorgungsungen“	66
2. Versorgung wegen Alters und Invalidität	67
a) Versorgungsungen wegen Alters	69
b) Versorgungsungen wegen Invalidität	71
3. Durch Arbeit oder Vermögen geschaffene oder aufrechterhaltene Anrechte	72
a) Arbeit oder Vermögen	72
b) „Geschaffen oder aufrechterhalten“	75
4. Sonstige Voraussetzungen	76
a) Warte- oder Mindestbeschäftigungszeiten	76
b) Erloschene, ruhende, abgetretene oder verpfändete Versorgungsungen	78
5. Die Ehezeit	81
a) Die Dauer der Ehezeit	81
b) Der für die Entscheidung des Gerichts maßgebliche Zeitpunkt (§ 5 II 2)	83
c) Sonderprobleme bei der Nachentrichtung von Beiträgen bzw. bei der Nachversicherung – Das „In-Prinzip“	85
d) Die Zeit zwischen dem Ende der Ehezeit und der Durchführung des Versorgungsausgleichs	87
6. Versorgungsausgleich und güterrechtlicher Ausgleich	87
II. Überblick über die auszugleichenden und nicht-auszugleichenden Anrechte	88
III. Die wichtigsten auszugleichenden Versorgungsungen im Einzelnen	93
1. Die gesetzliche Rentenversicherung	93
a) Zweige und Träger	93
b) Die Versicherten	94
c) Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze	98
d) Die rentenrechtlichen Zeiten	98
e) Die Renten und ihre Voraussetzungen	101
f) Grundzüge der Rentenberechnung – Die Ermittlung der Entgeltpunkte	105
g) Der aktuelle Rentenwert und die Anpassung der Renten	110
h) Rentenantrag, Renteninformation und Rentenauskunft	114
2. Die Beamtenversorgung	114
a) System und Rechtsgrundlage	114
b) Ruhegehalt und Altersgrenzen	117
c) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge	118
d) Die ruhegehaltfähige Dienstzeit	121
e) Die Höhe des Ruhegehalts	122
f) Träger der Versorgung	123
g) Das Altersgeld	124
3. Die berufsständische Versorgung	125
a) Versorgungswerke und Mitglieder	125
b) Die Altersrenten	127

4. Die Altersrente für Landwirte	128
5. Die Versorgung der Abgeordneten	129
6. Die betriebliche Altersversorgung	130
a) Der gesicherte Personenkreis	130
b) Die Durchführungswege	132
c) Rechtsgrundlagen – Leistungszusage – Anpassung – Unverfallbarkeit	133
d) Speziell: Die Entgeltumwandlung	135
7. Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	136
a) Die Zusatzversorgung und ihre Träger	136
b) Das alte Gesamtversorgungssystem	138
c) Versicherungsschutz und Leistungen	139
d) Die Übergangsregelungen	140
e) Die ergänzende freiwillige Versicherung	141
8. Private Versicherungen	141
a) Auszugleichende Versicherungen	142
b) Private Rentenversicherungen	143
c) Speziell: Altersvorsorgeverträge („Riester-Verträge“)	143
d) Die privaten Rentenversicherungen der sog. Basisversorgung („Rürup-Renten“)	147
e) Der Ausgleich von Risikoversicherungen	147
4. Kapitel. Die Ermittlung der Ehezeitanteile und der Ausgleichswerte	149
I. Allgemeines	149
1. Ehezeitanteil – Ausgleichswert – korrespondierender Kapitalwert	149
a) Ehezeitanteil – Ausgleichswert	149
b) Der korrespondierende Kapitalwert	149
2. Ermittlung der Werte: Aufgabe der Versorgungsträger und des Gerichts	151
3. Unmittelbare oder zeitratierliche Bewertung der auszugleichenden Anrechte ..	152
4. Die Unterschiede zwischen der Ermittlung von Anwartschaften und der von Leistungen	156
a) Die Unterschiede	156
b) Anwartschaft oder Leistung	156
5. Der maßgebliche Zeitpunkt	157
6. Die Verrechnung von Teilkosten der Versorgungsträger	157
II. Die Berechnung der einzelnen Ehezeitanteile und Ausgleichswerte	160
1. Anrechte aus der gesetzlichen Rentenversicherung	160
a) Die Berechnung des Anrechts	160
b) Entgeltpunkte und Entgeltpunkte (Ost)	162
c) Zwei Beispiele für die Berechnung eines Rentenanspruchs	163
d) Die Maßgeblichkeit der Entgeltpunkte – Keine Auswirkung des Zugangsfaktors	164
e) Der korrespondierende Kapitalwert des Rentenanspruchs	166
f) Die Bewertung von Anrechten aus der (auslaufenden) Höherversicherung ..	168
2. Anrechte aus Versorgungsungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen	169
a) Versorgungsungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen ..	169
b) Die Ermittlung des Ehezeitanteils einer Versorgung	171
c) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge	172
d) Die ruhegehaltfähige Dienstzeit	175
e) Die Ermittlung der Gesamtzeit	176
aa) Die Ermittlung der Gesamtzeit bei noch aktiven Beamten	176
bb) Die Ermittlung der Gesamtzeit bei noch aktiven Soldaten	177
cc) Die Ermittlung der Gesamtzeit bei pensionierten Beamten	179
dd) Die Ermittlung der Gesamtzeit bei pensionierten Soldaten	180
f) Die Ermittlung der zu erwartenden Versorgung bei Anwartschaften	180
g) Die bereits gewährte Leistung	180
h) Der auf die Ehezeit entfallende Anteil der Versorgung	181
i) Die Auswirkungen der Ruhensvorschriften auf die auszugleichende Versorgung	182

j) Die Ermittlung des korrespondierenden Kapitalwerts der Versorgung	184
k) Die Ermittlung des Ausgleichswerts bei dem Altersgeld	184
3. Auszugleichende Anrechte aus einer berufsständischen Versorgung	184
4. Anrechte aus der Alterssicherung der Landwirte	187
5. Anrechte aus einer Abgeordnetenversorgung	188
6. Anrechte aus einer betrieblichen Altersversorgung	188
a) Wertausgleich nur für bereits unverfallbare Anrechte	188
aa) Die Unverfallbarkeit dem Grunde nach	189
bb) Die Unverfallbarkeit der Höhe nach	190
b) Die Bewertung von Anrechten auf eine Betriebsrente	191
aa) Die maßgeblichen Regelungen	191
bb) Die für das Betriebsrentenanrecht maßgebliche Bezugsgröße	193
cc) Unmittelbare und/oder zeiträtierliche Bewertung	195
dd) Der Anwendungsbereich der zeiträtierlichen Bewertung	195
ee) Die Ermittlung von Barwert und Deckungskapital	198
ff) Die Verzinsung des Deckungskapitals	200
gg) Die Problematik des Kapitalverzehr	202
hh) Speziell: Die Ermittlung des Werts von Fondsanteilen	204
ii) Der Anwendungsbereich der zeiträtierlichen Bewertung	205
jj) Die Durchführung der zeiträtierlichen Bewertung	206
kk) Die Bewertung einer (mit-)auszugleichenden Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung	210
c) Die Berücksichtigung von Teilungskosten	211
d) Der korrespondierende Kapitalwert	211
7. Anrechte aus einer Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	211
a) Die Unverfallbarkeit	211
b) Die Berechnung des Ausgleichswerts nach den allgemeinen Regeln (§ 45 III)	212
c) Die Versorgung der ab 2002 im öffentlichen Dienst Beschäftigten	212
d) Die Versorgung der aus dem öffentlichen Dienst ausgeschiedenen Versicherten	214
e) Übergangsregelungen für die vor dem 2.1.2002 bereits gezahlten Renten	214
f) Übergangsregelungen für Anwartschaften aus Versicherungszeiten vor 2002	215
g) Die Ermittlung des Ehezeitanteils und des Ausgleichswerts	217
h) Die Ermittlung des korrespondierenden Kapitalwerts	220
8. Anrechte aus einer Privatversicherung	220
III. Bewertung nach Billigkeit	222
5. Kapitel. Die Durchführung des Wertausgleichs	225
I. Allgemeines	225
1. Die Rangfolge der Ausgleichsformen	225
2. Ausnahmsweise statt des Wertausgleichs ein schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	225
a) Die mangelnde Ausgleichsreife	225
b) Die „Ausgleichssperre“	229
c) Ausschluss des Wertausgleichs durch Vereinbarung der Ehegatten	230
3. Interner oder externer Ausgleich	230
4. Der Vollzug des Ausgleichs	231
5. Der Schutz der Versorgungsträger	231
6. Leistungsverbot für den Versorgungsträger	232
7. Der Tod eines Ehegatten	233
II. Kein Ausgleich bei Geringfügigkeit	235
1. Allgemeines	235
2. Die Geringfügigkeit	237
a) Die Grenzwerte für die Geringfügigkeit (§ 18 III)	237
b) Die Reihenfolge der Prüfung	240
c) Die Geringfügigkeit von Anrechten gleicher Art (§ 18 I)	241
d) Die Geringfügigkeit eines Anrechts (§ 18 II)	243
3. Beispiele	244

4. Die Durchführung des Versorgungsausgleichs trotz einer Geringfügigkeit	246
a) Die Ermessensentscheidung des Gerichts	246
b) Die Erfüllung der Wartezeit	247
c) Beide Anrechte bei dem gleichen Träger	248
d) Externer Ausgleich und Geringfügigkeit	249
5. Die Tenorierung der Entscheidung	249
III. Die interne Teilung	249
1. Allgemeines	249
a) Das Prinzip der internen Teilung	249
b) Die Anforderungen an eine interne Teilung	250
c) Die Verrechnung insbesondere bei Anrechten gleicher Art	250
2. Die interne Teilung von Anrechten aus der gesetzlichen Rentenversicherung	251
a) Interne Teilung und Verrechnung	251
b) Der Vollzug der internen Teilung	251
c) Die Auswirkungen für den Ausgleichsberechtigten	252
d) Die Auswirkungen für den Ausgleichspflichtigen	256
e) Insbesondere: Die Streichung des „Rentnerprivilegs“	257
f) Die Auswirkungen für die Hinterbliebenen	260
g) Die Tenorierung der Entscheidung	260
3. Die interne Teilung von Versorgungsrechten der (Bundes-)Beamten	261
a) Zum Anwendungsbereich der internen Teilung	261
b) Die Verrechnung gegenseitiger Ansprüche	261
c) Die Auswirkungen für den ausgleichsberechtigten Ehegatten	262
d) Die Auswirkungen für den ausgleichspflichtigen Ehegatten	263
e) Die Auswirkungen für Hinterbliebene	265
f) Die Tenorierung der Entscheidung	265
4. Die interne Teilung von Anrechten aus der Soldatenversorgung	265
5. Die interne Teilung des Altersgeldes	266
6. Die interne Teilung von Anrechten aus der Abgeordnetenversorgung	266
7. Die interne Teilung von Anrechten aus der Alterssicherung der Landwirte	267
8. Die interne Teilung von Anrechten aus der berufsständischen Versorgung	268
9. Die interne Teilung von Anrechten aus der betrieblichen Altersversorgung	271
a) Der Grundsatz der internen Teilung	271
b) Die Anforderungen an eine interne Teilung	272
c) Insbesondere: Die mögliche Beschränkung des Leistungsspektrums (§ 11 I 2 Nr. 3, 2. HS)	276
d) Die Auswirkungen der internen Teilung	277
e) Speziell: Die interne Teilung in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	279
f) Die Tenorierung der Entscheidung	280
10. Die interne Teilung von Anrechten aus der Privatversicherung	281
a) Die interne Teilung von Anrechten aus einer privaten Rentenversicherung	281
b) Der Ausgleich von Anrechten aus einer Risikoversicherung wegen Invalidität	283
11. Die interne Teilung von Anrechten aus der Schornsteinfegerversorgung	284
IV. Die externe Teilung	284
1. Allgemeines	284
a) Das Prinzip der externen Teilung	284
b) Der Anwendungsbereich der externen Teilung	285
c) Die Verrechnung bei Anrechten gleicher Art	286
d) Der Vollzug des externen Ausgleichs	286
e) Der Ausschluss der externen Teilung	287
2. Die einzelnen Fälle der externen Teilung	287
a) Der externe Ausgleich von öffentlich-rechtlichen Versorgungsleistungen der Länder und Kommunen durch Begründung von Rentenansprüchen	287
b) Der externe Ausgleich von Anrechten aus einem Beamtenverhältnis auf Widerruf bzw. einem Dienstverhältnis von Soldaten auf Zeit	290

c) Die zwischen dem Ausgleichsberechtigten und dem Versorgungsträger vereinbarte externe Teilung	291
d) Die externe Teilung auf Verlangen des Versorgungsträgers	295
aa) Voraussetzungen, Durchführung und Folgen einer externen Teilung nach § 14 II 2	295
bb) Die Problematik insbesondere des § 17	300
e) Die zwischen den Ehegatten vereinbarte externe Teilung	301
6. Kapitel. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	305
I. Allgemeines	305
1. Die Subsidiarität der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	305
2. Ausgleichsansprüche nur auf Antrag	306
II. Schuldrechtliche Ausgleichszahlungen	306
1. Die Voraussetzungen der schuldrechtlichen Ausgleichsrente	306
a) Die Voraussetzungen auf Seiten des Ausgleichspflichtigen: Der Bezug einer laufenden, noch nicht ausgeglichenen Versorgung	307
b) Die Voraussetzungen auf Seiten des Ausgleichsberechtigten	310
c) Grundsätzlich: Keine Korrektur des Wertausgleichs	311
d) Keine Geringfügigkeit	312
2. Die Ausgleichsrente	312
a) Die Zeitpunkte und Grundsätze der Ermittlung	312
aa) Schuldrechtlicher Ausgleich im Scheidungsverbund	313
bb) Schuldrechtlicher Ausgleich einige Zeit nach der Scheidung	313
cc) Schuldrechtlicher Ausgleich ohne vorangegangenen Wertausgleich	316
b) Der Abzug der Versicherungsbeiträge	316
c) Die Abänderung von Entscheidungen über die Ausgleichsrente	319
d) Die Zahlung der Ausgleichsrente	319
e) Die Abtretung von Versorgungsansprüchen	319
f) Das Erlöschen des Anspruchs	320
3. Der Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen	321
4. Die Tenorierung der Entscheidung	322
III. Die Abfindung	323
1. Allgemeines	323
2. Das noch nicht ausgeglichene Anrecht	324
3. Die Ermittlung des Abfindungsbetrages	325
4. Keine unzumutbare Belastung	326
5. Die Zweckgebundenheit der Abfindung	328
6. Das Erlöschen des Abfindungsanspruchs	329
7. Die Tenorierung der Entscheidung	329
IV. Die Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung	329
1. Allgemeines	329
2. Erste Voraussetzung: Tod des Ausgleichspflichtigen	330
3. Zweite Voraussetzung: Ein noch nicht ausgeglichenes Anrecht mit Hinterbliebenenversorgung	331
a) Das noch nicht ausgeglichene Anrecht	331
b) Der Ausschluss der Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung nach § 25 II	331
c) Die Hinterbliebenenversorgung	332
d) Der Ausschluss der Hinterbliebenenversorgung	333
e) Das Ruhen von Hinterbliebenenversorgungen	334
4. Die Höhe des Anspruchs gegen den Versorgungsträger	334
5. Die Fälligkeit und die Dauer des Anspruchs	335
6. Die Kürzung der Hinterbliebenenversorgung	336
7. Der Anspruch gegen die Witwe oder den Witwer (§ 26)	336
8. Der Unterhaltsbeitrag nach § 22 II BeamtVG	337
7. Kapitel. Die Härteregelung	339
I. Allgemeine Grundsätze	339
1. Die neue Generalklausel	339

2. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben	340
3. Die für die Anwendung der Härteregelung relevanten Zeitpunkte	340
4. Die zu berücksichtigenden Umstände	342
5. Gänzlicher, teilweiser oder befristeter Ausschluss des Versorgungsausgleichs ..	342
6. Die asymmetrische Sanktionierung des Verhaltens beider Ehegatten	343
7. Verfahren und Entscheidung über die Härteregelung	345
II. Die Kasuistik der Härtefälle	345
1. Die nur eingeschränkte Übernahme der Kasuistik des bisherigen Rechts	345
2. Die Härteregelung in der Erstentscheidung	347
a) Zeiten des Getrenntlebens	347
b) Die Aufgaben- und Güterverteilung innerhalb der Ehe – ehebedingte Nachteile	349
c) Pflichtverletzungen gegenüber dem anderen Ehegatten	351
aa) Verletzung der Pflicht zum Familienunterhalt beizutragen	351
bb) Die Verletzung anderer Pflichten	353
d) Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse	355
e) Das Hintertreiben von Anrechten	358
3. Die Härteregelung in der Entscheidung über den schuldrechtlichen Versorgungsausgleich	360
a) Die Maßstäbe	360
b) Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse	361
c) Pflichtverletzungen gegenüber dem anderen Ehegatten	363
4. Die Härteregelung in der Entscheidung über eine Abänderung des Versorgungsausgleichs	364
8. Kapitel. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	367
I. Allgemeines	367
1. Die neue Konzeption	367
a) Altes Recht – Neues Recht	367
b) Vor dem 1.9.2009 geschlossene Vereinbarungen und das neue Recht	368
2. Die Regelungsbefugnisse der Ehegatten	369
a) Der zeitliche Rahmen für Vereinbarungen	369
b) Bedingte und befristete Vereinbarungen	370
c) Die gesetzlichen Regelbeispiele	370
d) Weitere Vertragsinhalte	373
e) Die Abänderung von Vereinbarungen	373
f) Der Rücktritt von der Vereinbarung	374
3. Die formellen Wirksamkeitsvoraussetzungen	374
4. Keine Vereinbarung zulasten der Versorgungsträger (§ 8 II)	376
5. Die Maßstäbe der Inhalts- und Ausübungskontrolle (§ 8 I)	378
a) Die Inhalts- oder Wirksamkeitskontrolle	379
b) Die Ausübungskontrolle	381
6. Verfahren und Tenorierung	383
II. Die Kasuistik zur Inhalts- und Ausübungskontrolle	384
1. Der Ausschluss des Versorgungsausgleichs	385
a) Die Inhaltskontrolle	385
b) Die Ausübungskontrolle	388
2. Speziell: Der (teilweise) Ausschluss des Versorgungsausgleichs im Zusammenhang mit der Scheidung	389
a) Die Inhaltskontrolle	389
b) Die Ausübungskontrolle	392
3. Die Vereinbarung von Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung anstelle des Wertausgleichs	392
4. Zum Für und Wider von Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	393
a) Der Ausschluss des Versorgungsausgleichs	393
b) Der schuldrechtliche Versorgungsausgleich an Stelle des Wertausgleichs ..	395
c) Sinnvolle Vereinbarungen	396
5. Die Beratung durch den Notar	396

9. Kapitel. Anpassung nach Rechtskraft	399
I. Allgemeines	399
1. Die Vorgaben des BVerfG	399
2. Die anpassungsfähigen Anrechte	402
a) Allgemeines	402
b) Der auf die Regelsicherungssysteme eingeschränkte Anwendungsbereich ..	403
II. Die Fälle der Anpassung nach Rechtskraft	404
1. Die Anpassung wegen Unterhalt	405
a) Die Voraussetzungen einer Anpassung wegen Unterhalt	405
b) Die Folgen einer Anpassung wegen Unterhalt	409
c) Die Durchführung einer Anpassung wegen Unterhalt	410
d) Rückwirkungen auf den Unterhaltsanspruch	412
e) Verfahrensrechtliche Fragen	412
f) Die Tenorierung der Entscheidung	413
2. Die Anpassung wegen Invalidität des ausgleichspflichtigen Ehegatten oder einer für ihn geltenden besonderen Altersgrenze	413
a) Die Voraussetzungen einer Anpassung wegen Invalidität oder einer besonderen Altersgrenze	413
c) Die Durchführung einer Anpassung wegen Invalidität oder einer besonderen Altersgrenze	415
3. Die Anpassung wegen Todes des ausgleichsberechtigten Ehegatten	416
a) Die Unterschiede zum bisherigen Recht	416
b) Die Voraussetzungen einer Anpassung wegen Todes	417
c) Die Durchführung und die Folgen einer Anpassung wegen Todes	418
10. Kapitel. Die Abänderung von Entscheidungen über den Versorgungsausgleich	421
I. Die nur eingeschränkte Rechtskraft der Entscheidungen über den Versorgungsausgleich	421
1. Der Wandel im bisherigen Recht hin zur Totalrevision	421
2. Die wesentlichen Unterschiede zwischen dem früheren und dem neuen Recht ..	422
3. Die Abänderung der Entscheidung	424
4. Abänderung und/oder Anpassung der Entscheidung	425
II. Die Voraussetzungen einer Abänderung des Wertausgleichs	426
1. Rechtliche und tatsächliche Veränderungen nach dem Ende der Ehezeit mit Rückwirkung auf den Ausgleichswert	426
a) Rechtliche Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	427
b) Rechtliche Veränderungen in der Beamtenversorgung	428
c) Tatsächliche Veränderungen	429
d) Rechtliche und tatsächliche Veränderungen in sonstigen Systemen	431
2. Die Wesentlichkeit der Veränderung	431
a) Die Ermittlung der Veränderung	431
b) Die drei Grenzwerte für die Veränderung	431
c) Die Erfüllung einer Wartezeit	432
d) Die Auswirkungen einer Abänderung zugunsten eines der Ehegatten oder seiner Hinterbliebenen	433
3. Keine grobe Unbilligkeit der Abänderung	434
4. Abänderung des Wertausgleichs nur auf Antrag	436
III. Durchführung und Wirkungen der Abänderung des Wertausgleichs	437
1. Die Durchführung der Abänderung	437
2. Die Wirkungen der Abänderung	437
IV. Sonstige Fälle der Abänderung	439
1. Die Abänderung von Entscheidungen über Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	439
2. Die Abänderung von Vereinbarungen der Ehegatten über den Versorgungsausgleich	440

V. Die Abänderung von vor dem 1.9.2009 getroffenen Entscheidungen	441
1. Der Geltungsbereich der §§ 51 f.	442
2. Abänderung nur auf Antrag	443
3. Die Zulässigkeit einer Abänderung	443
a) Voraussetzung: Eine wesentliche Wertänderung nach dem Ende der Ehezeit	443
b) Die Wesentlichkeit der Änderung	444
c) Die Wesentlichkeit der Wertänderung bei Anrechten aus der berufsständischen, betrieblichen oder privaten Altersvorsorge (§ 51 III) ...	445
4. Vorrang der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung vor einer Abänderung bei Anrechten der betrieblichen oder privaten Altersvorsorge (§ 51 IV)	447
5. Die Durchführung der Abänderung	448
VI. Die Tenorierung von Abänderungsentscheidungen	451
11. Kapitel. Der Versorgungsausgleich im gerichtlichen Verfahren	453
I. Das Verfahren vor dem Familiengericht	453
1. Die Regelung des Versorgungsausgleichs als Familiensache	453
2. Die Zuständigkeit der Familiengerichte	454
a) Die Zuständigkeit in Fällen ohne Auslandsbezug	454
b) Die Zuständigkeit in Fällen mit Auslandsbezug	455
3. Das Verfahren der Familiengerichte	456
II. Die Aufklärungspflicht der Familiengerichte und die Auskunftspflicht Mitwirkungspflichten der Versorgungsträger und der Ehegatten	458
1. Die Aufklärungspflicht der Familiengerichte	458
2. Auskunftspflicht und Mitwirkungspflichten der Versorgungsträger und der Ehegatten gegenüber dem Familiengericht	460
a) Auskunftspflicht und Mitwirkungspflichten der Versorgungsträger gegenüber dem Familiengericht	460
b) Auskunftspflicht und Mitwirkungspflichten der Ehegatten gegenüber dem Familiengericht	464
c) Durchsetzung der Auskunftspflicht und Mitwirkungspflichten	464
3. Auskunftspflichten zwischen den Ehegatten	465
4. Auskunftsansprüche der Ehegatten gegenüber den Versorgungsträgern	467
5. Auskunftsansprüche der Versorgungsträger	468
III. Die Entscheidung des Familiengerichts	468
1. Zur Notwendigkeit einer Entscheidung über den Versorgungsausgleich	468
2. Die Entscheidungen in der Versorgungsausgleichssache	469
3. Der Entscheidungsverbund	471
4. Teilentscheidungen über den Versorgungsausgleich	473
5. Die Vollstreckung der Entscheidung über den Versorgungsausgleich	474
6. Die Wiederaufnahme von nach § 2 I 2 VAÜG aF ausgesetzten Verfahren	474
7. Zur Haftung des Familienrichters	475
IV. Die Rechtsmittel	476
1. Die Rechtsmittel – Überblick	476
2. Die Beschwerde gegen Endentscheidungen im Verbund	476
3. Die Beschwerde gegen Endentscheidungen in selbständigen Versorgungsausgleichsverfahren	480
4. Die Rechtsbeschwerde gegen Beschwerdeentscheidungen	480
5. Die Sprungrechtsbeschwerde	482
6. Beschwerde gegen Zwischenentscheidungen	482
V. Die Gerichtskosten	483
1. Kostenentscheidung – Kostenaufteilung	483
2. Die Höhe der Gerichtskosten	484
VI. Anwalt und Versorgungsausgleich	487
1. Anwaltszwang	487
2. Anwaltsgebühren	488

3. Die anwaltliche Beratung im Versorgungsausgleich	489
a) Zur Notwendigkeit der Beratung	489
b) Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich ohne Zusammenhang mit einer Scheidung	489
c) Der Antrag auf Durchführung des Versorgungsausgleichs bei kurzer Ehedauer	490
d) Das richtige „Timing“	490
e) Weitere Überlegungen vor dem Einreichen des (Scheidungs-)Antrags	491
f) Aufgaben des Anwalts bei der Prüfung der Härteklauseel	492
g) Aufgaben des Anwalts bei der Ermittlung des Werts der Anrechte	492
h) Aufgaben des Anwalts bei der Durchführung des Versorgungsausgleichs	496
i) Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Scheidung	497
j) Rechtsmittel, Abänderung und abschließende Hinweise	499
4. Die Haftung des Anwalts	500
12. Kapitel. Abgabenrechtliche Folgen des Versorgungsausgleichs	503
I. Steuerrechtliche Folgen des Versorgungsausgleichs	503
1. Allgemeines	503
2. Allgemeine Regeln für die steuerrechtlichen Folgen des Versorgungsausgleichs	505
a) Die steuerrechtlichen Folgen der internen Teilung	505
b) Die steuerrechtlichen Folgen der externen Teilung	505
c) Ergänzende Schreiben des BMF	507
3. Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von gesetzlichen Renten	507
a) Steuerrechtliche Folgen der Übertragung von Rentenansprüchen	507
b) Steuerrechtliche Folgen der Wiederauffüllung einer Rentenanwartschaft	510
c) Steuerrechtliche Folgen einer Beitragszahlung zur Begründung einer Rentenanwartschaft	510
4. Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Anrechten aus der Alterssicherung der Landwirte	511
5. Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Anrechten aus der Beamtenversorgung	511
a) Die Besteuerung der Beamtenpensionen	511
b) Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Pensionsansprüchen	514
c) Die steuerrechtlichen Folgen der Wiederauffüllung einer Pensionsanswartschaft	515
6. Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Anrechten aus der Abgeordnetenversorgung	515
7. Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Anrechten aus der berufsständischen Versorgung	515
8. Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Anrechten aus der betrieblichen Altersversorgung	516
a) Die unterschiedlichen steuerrechtlichen Folgen des Vorgangs des internen und des externen Ausgleichs	516
b) Die Besteuerung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	517
9. Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Anrechten aus der Privatversicherung	519
a) Die steuerrechtlichen Folgen	519
b) Steuerrechtliche Konsequenzen des Ausgleichs von „Riester-Verträgen“	520
c) Steuerrechtliche Folgen des Ausgleichs von Basisrentenverträgen („Rürup-Renten“)	520
10. Steuerrechtliche Folgen der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	520
II. Auswirkungen des Versorgungsausgleichs auf die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner	522
1. Allgemeines	522
a) Die Grundsätze der Krankenversicherung der Rentner	522
b) Die Grundsätze der Pflegeversicherung der Rentner	523
2. Die Auswirkungen des Wertausgleichs auf die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner	524
3. Die Auswirkungen des schuldrechtlichen Ausgleichs auf die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner	524

13. Kapitel. Der Versorgungsausgleich im Gesamtsystem sozialer Sicherung des geschiedenen Ehegatten	527
I. Versorgungsausgleich und familiärer Unterhalt	527
1. Konkurrenzen zwischen Versorgungsausgleich und familiärem Unterhalt	527
2. Die Ergänzung des Versorgungsausgleichs durch den familiären Unterhalt	529
3. Zum Auseinanderfallen von Ausgleichs- und Unterhaltspflicht	530
II. Die sonstige soziale Sicherung des geschiedenen Ehegatten	530
1. Die Sicherung des geschiedenen Ehegatten bei Krankheit	530
2. Die Sicherung des geschiedenen Ehegatten bei Arbeitslosigkeit	531
3. Die Sicherung des geschiedenen Ehegatten im Alter und bei Erwerbsminderung	532
4. Die Absicherung des geschiedenen Ehegatten durch die Unfallversicherung oder sonstige Entschädigungssysteme	534
Sachregister	537